

Information gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Vorbemerkung

Die **Bauverwaltung für den Tiefbau** umfasst insbesondere Aufgaben aus den Bereichen:

- Ausschreibung und Auftragsvergabe für Neu- und Umbauten für Ingenieurbauten, Straßen, Wege, Brücken, Straßenbeleuchtung sowie damit verbundene technische Einrichtungen
- Laufende Unterhaltung von Straßen, Anlagen und anderen baulichen Anlagen

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Gemeinde Schladen-Werla
Der Bürgermeister
Am Weinberg 9
38315 Schladen
Tel. 05335 801-0
E-Mail: info@schladen.de

2. Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Gemeinde Schladen-Werla

Zweckverband KDO
Elsässer Straße 66
26121 Oldenburg
E-Mail: datenschutz@kdo.de

3. Datenschutzkoordinatorin der Gemeinde Schladen-Werla

Jennifer Naue
Am Weinberg 9
38315 Schladen
Tel. 05335 801-36
E-Mail: datenschutz@schladen.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Die personenbezogenen Daten werden zu folgenden Zwecke gespeichert:

- Im Rahmen der Beauftragung von Neu- oder Umbauten und der laufenden baulichen Unterhaltung der kommunalen Straßen, leitungsgebundenen Anlagen und sonstigen baulichen Anlagen

Rechtsgrundlagen z.B.:

- Baugesetzbuch
- Nieders. Bauordnung
- Privatrechtliche Vereinbarungen (z.B. Leitungsrechte)
- Vergabevorschriften nach EU-, Bundes-, Landes- oder Kommunalrecht
- Art. 6 Abs. 1, Nr. a, c, e, f DSGVO

5. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

- An der Baumaßnahme beteiligte Unternehmen, Grundstückseigentümer, Mieter/Pächter kommunaler Grundstücke und sonstigen baulichen Anlagen
- Service-Bereich Finanzen (Gemeindekasse im Hause zwecks Forderungsmanagement)

6. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Eine Übermittlung an ein Drittland erfolgt nicht.

7. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

- Bis zum Abschluss der Baumaßnahme oder sonstigen Maßnahme
- Im Falle der Geltendmachung von Forderungen bis zu endgültigen Zahlung.
- 25 Jahre bei einer öffentlichen Förderung mit Zweckbindung.

8. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO)
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft.
Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DS-GVO
- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO)
- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO).
Nähere Informationen zum Widerspruchsrecht nach dem Bundesmeldegesetz können den Hinweisen auf dem Meldeschein entnommen werden

9. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Art. 7 Abs. 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

10. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstraße 5, 30159 Hannover, Tel. 0511 120-4500, E-Mail: poststelle@fd.niedersachsen.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.